

André Csillaghy, KRL Mitglied, für eine KRL-Minderheit

Die Mega-Revision, die wir über mehreren Tagen behandeln, ist eine Übung, die nicht oft, aber regelmässig stattfindet. So ist es für viele Gemeinden eine routinierte Aufgabe: ein Haus mehr hier, eins mehr da, ein Trottoir verlängern. Ganz anders verhält es sich, wenn man eine wachsenden Agglomerationsstadt in der Nähe von Zürich ist. Die Bürgerlichen im Gemeinderat werden nicht müde daran zu erinnern, dass wir nicht in Zürich sind, und sie liegen nicht falsch mit diesem Hinweis. Wir sind die unmittelbare Nachbargemeinde, wo viele Menschen Zuflucht vor der Grossstadt suchen. Die Leute wollen hier mehr Ruhe und weniger Grossstadtrubel. Man will es schön und privat haben, meine Strasse führt zu meiner Tiefgarage, und so bin ich glücklich. Oder fast. Es wirkt irgendwie romantisch.

Weniger romantisch wirkt die monetäre Logik. Das ist ein wenig der Elefant im Raum. Wir sprechen heute nicht über Geld. Und dennoch geht es um sehr viel davon. Die Profite des Wachstums fliessen nicht nur in die privaten Taschen von ansässigen Dübendorfer Familien, sondern in vielen Fällen auch an Immobilien-Players und Pensionskassen. Bei Pensionskassen lässt sich eventuell argumentieren, dass die Erträge den Rentnerinnen und Rentnern zugutekommen, Anders bei den Immobilien-Players. Diese sind rein profitgetriebene Gesellschaften, die globale Aktionäre bedienen. Dübendorf wird damit zu einem versteckten Finanzplatz, wo die Bevölkerung als Kulisse dient, um ein privat getriebenes Immobilien- und Versicherungssystem zu stützen. Die Interessen, die hier auf dem Spiel stehen, sind von nationaler Tragweite, und haben nichts mehr mit Dübendorf zu tun.

Seitdem ich die KRL kenne (ich war bereits bei der Aufzoning von Hochbord dabei), habe ich gespürt, wie Aufzonungen mit riesigen Summen und Profiten verknüpft sind. Als Laie war ich immer wieder erstaunt zu sehen, wie Kommissionsmitglieder zu Dienern eines Finanzsystems wurden, das am Ende nicht einmal ihrer eigenen Wählerschaft nützt.

So, warum werden wir in diese lange Verhandlung nicht wenige Minderheitsanträge stellen? Warum sind wir nicht einfach einverstanden, dass alle Profite machen? Wir sind ja auch daran interessiert, eine gute Pension zu haben.

Das Problem ist, dass private kurzfristige Interessen mit den langfristigen Interessen der Stadt kollidieren. Einige können in kurzer Zeit enorme Summen kassieren, während die Aspekte, die den Zusammenhalt einer so komplexen Struktur wie einer Stadt sichern, ständig auf die lange Bank geschoben werden.

Man kann es drehen, wie man will, es geht nicht auf.

Dübendorf kann keine Zuflucht vor dem linken Zürich sein. Wer teuer baut und damit nur einer selektiven Gruppe Zugang gewährt, zerstört die Nachhaltigkeit und den Zusammenhalt der Stadt. Eine Stadt braucht Durchmischung, Diversität und Leben gleichzeitig. Wenn die Lehrerin nicht mehr dort wohnen kann, wo sie unterrichtet; wenn das Pflege- und Reinigungspersonal nicht dort leben kann, wo es arbeitet, dann bricht der Kreislauf zusammen. Die Lebensqualität sinkt dann für alle. Als wohlhabende

Person muss ich mit dem Auto zu dem abgelegenen Shopping-Center fahren, während der Gesundheitspfleger oder die Gärtnerin längere Arbeitswege zurücklegen müssen und damit noch mehr Verkehr produziert, was mehr Kosten generiert. Wer kulturelle Angebote sucht, muss nach Zürich fahren. (Zum Glück haben einige Vereine hier mit etwas Hilfe der Stadt noch ein Angebot.)

Eine Stadt braucht Menschen aus allen Schichten. Verdichtung ist in Ordnung, Hochhäuser sind in Ordnung, aber es ist nicht in Ordnung, wenn bezahlbare KITAS, bezahlbare Wohnungen, Gemeinschaftszentren, Kulturorte und kleine Geschäfte fehlen. Es ist nicht in Ordnung, wenn eine Stadt nur für Reiche gebaut wird. Dass Städte sozialer sind als das Land ist kein Zufall, es ist ihr Erfolgsrezept.

Durchmischung, soziale Infrastruktur und kulturelle Einrichtungen, oder deren Fehlen, entscheiden, ob Dübendorf eine lebendige Stadt sein will oder eine schlafende Ortschaft, die dazu verdammt ist, immer die Nachbargemeinde zu bleiben.